

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Martina Krogmann, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Matthias Wissmann, Elmar Müller (Kirchheim), Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Sylvia Bonitz, Hansjürgen Doss, Erich G. Fritz, Kurt-Dieter Grill, Ernst Hinsken, Ulrich Klinkert, Hartmut Koschyk, Dr. Norbert Lammert, Bernd Neumann (Bremen), Friedhelm Ost, Anton Pfeifer, Dr. Bernd Protzner, Dr. Heinz Riesenhuber, Dr. Wolfgang Schäuble, Hartmut Schauerte, Karl-Heinz Scherhag, Margarete Späte, Erika Steinbach, Max Straubinger, Dr. Rita Süßmuth, Dagmar Wöhrl und der Fraktion der CDU/CSU

Chancen und Perspektiven der digitalen Wirtschaft (Informationstechnologie, Multimedia, Internet, Telekommunikation) in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem Wandlungsprozess von der industriell geprägten Volkswirtschaft zu einer Ökonomie, die insbesondere auf Dienstleistungen, Wissen und Information basiert. Der Entwicklung der digitalen Wirtschaft (den Unternehmen der Bereiche Informationstechnologie, Multimedia, Internet, Telekommunikation) kommt in diesem Wandlungsprozess eine Schlüsselrolle zu. Schon heute trägt die digitale Wirtschaft erheblich zur wirtschaftlichen Wertschöpfung unseres Landes und damit zum gesamtgesellschaftlichen Wohlstand bei. Dabei stehen wir erst am Anfang einer Entwicklung. Die Breitbandtechnologie wird die Konvergenz der Medien weiter beschleunigen. Deutschland hat im gesamten Bereich Multimedia ein enormes Potential und die Chance, ganz vorne mit dabei zu sein. Viele Möglichkeiten neuer Techniken, neuer Dienste und neuer Medien sind jedoch unzureichend ausgeschöpft.

Dies betrifft zum einen die Schaffung der für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes erforderlichen Infrastrukturen. Mit der weiteren Verbreitung sowohl drahtloser (GPRS, UMTS, WLAN, satellitengestützte Datenübertragung) als auch drahtgebundener breitbandiger Übertragungswege (DSL, digitalisiertes TV-Kabel) bieten sich große Chancen für neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze. Die Entwicklung der Technik ermöglicht das Zusammenwachsen medialer Nutzungsfelder, die wir bis vor kurzem noch als völlig getrennte Sektoren angesehen haben: Telefonie, Fernsehen, Internet und andere Formen der Datenübertragung wachsen im Zeichen der Digitalisierung zusammen, sowohl im stationären wie im mobilen Bereich. Die Konvergenz erfordert zunehmend einen kohärenten Ordnungsrahmen für Rundfunk, Multimedia und Telekommunikation.

Vor dem Hintergrund einer rasanten technologischen Entwicklung auf den globalen Märkten und der grenzüberschreitenden Natur digitaler Informationsverarbeitung steht die deutsche Internetwirtschaft vor tiefgreifenden Herausforderungen. Vor allem die Medienordnung, das Steuerrecht, das Urheberrecht, aber auch die Arbeits- und Sozialpolitik sowie die Bildungs- und Forschungs-

politik müssen den Bedingungen des „entgrenzten“ Wirtschaftens Rechnung tragen und einen ordnungspolitischen Rahmen setzen, der die wirtschaftliche Dynamik und die Entwicklung in der Internetwirtschaft befördert.

Besondere Aufmerksamkeit ist u. a. folgenden Punkten zu schenken:

- a) Wo sich Wettbewerb nicht von alleine einstellen kann, müssen im Wege der Regulierung knapper Ressourcen Märkte geschaffen und offen gehalten werden. Hier hat die CDU/CSU-geführte Bundesregierung mit der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes die wesentlichen Weichen gestellt. Wettbewerb im Bereich der Telekommunikation erstreckt sich nicht nur auf die Auswahl zwischen verschiedenen Anbietern von Leistungen im klassischen Telefonnetz. Der Konkurrenz verschiedener multimedialer Übertragungswege kommt eine wesentliche Bedeutung für die Entwicklung des Telekommunikationsmarktes zu.
- b) Die Chance, die in der Eröffnung einer Vielzahl multimedialer Übertragungswege liegt, darf nicht durch Fehlentwicklungen innerhalb der Netze beeinträchtigt werden. Konkret bedeutet das: Multimedianeetze müssen grundsätzlich für alle Multimediaanbieter zur Vermarktung ihrer Dienste zur Verfügung stehen. Der freie Netzzugang muss seine Fortsetzung finden in von der Anbietergemeinschaft gemeinsam zu entwickelnden offenen Netzstandards, wie sie etwa die Multimedia Home Plattform (MHP) für das digitale Kabel darstellt. Im Interesse einer möglichst breiten Verwertbarkeit multimedialer Inhalte sollten derartige Standards perspektivisch sogar die Verbreitung in verschiedenen Übertragungswegen ermöglichen, um den Wettbewerb zwischen den Übertragungswegen zu fördern.
- c) Die zunehmende Konvergenz der Medien drückt sich nicht nur in einer gesteigerten Multifunktionalität der Endgeräte aus. Vielmehr ist auch die Wahl des Übertragungswegs für Inhalte kein definiertes Abgrenzungskriterium für Medien mehr: Es kann z. B. keinen Unterschied mehr machen, ob ein Sender sein Programm über Fernsehkabel oder das Internet verbreitet. Die Medienordnung in der Bundesrepublik Deutschland muss auf dieses neue technische Umfeld reagieren. Gleichzeitig muss sie vor dem Hintergrund der Globalisierung des Marktes einerseits die erforderlichen Restriktionen gewährleisten, andererseits aber im Bewusstsein dieser Globalisierung die erforderlichen Freiräume lassen. Nur so wird der Standort Deutschland für die Inhalte-Anbieter attraktiv bleiben.
- d) Die Vergabe der UMTS-Lizenzen im Versteigerungsverfahren hat zu einer erheblichen Sonderbelastung der beteiligten Unternehmen geführt. Dieser kommt um so größeres Gewicht zu, als das Verfahren der Lizenzvergabe nicht europaweit abgestimmt wurde. Die daraus entstehenden Sonderbelastungen wiegen um so schwerer, als diese Lizenzgebühren de facto eine Sondersteuer auf einen zukunftssträchtigen Übertragungsweg für multimediale Inhalte darstellen und nur zu einem sehr geringen Teil wieder in Zukunftsinfrastrukturen reinvestiert wurden.
- e) Neuere Studien zeigen, dass Wachstum in neuen Wirtschaftszweigen vor allem dort stattfindet, wo Wirtschaft auf Wissen trifft. Der problemlose Wissenstransfer zwischen Forschung und Wirtschaft ist Voraussetzung für Innovation und Wachstum. Dieser Prozess kann durch die gezielten Unterstützung und Fokussierung von Innovationszentren und Forschungseinrichtungen gefördert werden.
- f) Unter den Bedingungen der digitalen Informationsverarbeitung, -übertragung und -speicherung sind die tradierten Begriffe von Original und Kopie obsolet. Informationen aller Art können im Multimedia-Zeitalter in Echtzeit

und ohne Qualitätsverlust beliebig vervielfältigt werden. Daraus erwachsen einerseits ungeahnte Chancen für Wirtschaft und Kultur. Andererseits stellt der beinahe beliebige Zugriff auf Informationsbestände den Schutz immaterieller Leistungen vor neue Herausforderungen. So führt die Bereitstellung von Musik- und Filmdateien im Wege des öffentlich vermittelten Dateiaustausches zwischen Internetnutzern („Peer-to-Peer“, auch: „P2P“) faktisch zu einem verringerten Schutzstandard für immaterielle Leistungen. Während dieses Phänomen bislang weitgehend auf Musikdateien beschränkt war, sorgt die Verbreitung von DVD-Spielern in Verbindung mit dem MPEG4-Dateiformat nunmehr auch für eine „Napsterisierung“ von Filmwerken.

- g) Deutschland hinkt beim e-government weiter hinterher. Das Ziel der Bundesregierung, bis zum Jahr 2005 mit allen internetfähigen Dienstleistungen online zu sein, halten zahlreiche Experten schon jetzt für nicht mehr erreichbar. Mit der zügigen Einführung des e-government wird nicht nur der Ausbau digitaler Strukturen in Staat und Gesellschaft insgesamt gefördert, er kann auch zu erheblichen Einsparungen beitragen. Gerade die Prozesskosten bei der Beschaffung von Gütern über das Internet (e-procurement) stellen eine wesentliche Einsparungsmöglichkeit dar. Experten halten Kostensenkungen von bis zu 30 % für realistisch. Hier kann e-government zugleich dazu beitragen, verkrustete Strukturen und komplizierte Abläufe radikal zu verschlanken.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Bundesregierung:

I. Lage der Internetwirtschaft

1. Welchen Anteil an Unternehmen, Arbeitsplätzen, Ausbildungsplätzen und Steueraufkommen stellen die Unternehmen der Internetwirtschaft?
2. Wie groß ist die Zahl der Beschäftigten?
Wie hoch ist der Prozentsatz der weiblichen Beschäftigten?
3. Wie hat sich die Zahl der Beschäftigten entwickelt?
4. Wie hat sich die Zahl der start-ups entwickelt?
5. Wie stellt sich die Größenstruktur der Internetunternehmen dar?
6. Welche spezifischen Probleme haben die start-ups?
7. Wie entwickelt sich die Nutzung des Internethandels in Deutschland?
8. Welche Position nimmt Deutschland im internationalen Vergleich ein bei der Zahl und beim Umfang von
 - a) Internetanschlüssen,
 - b) Internetnutzung,
 - c) Breitbandanschlüssen,
 - d) Mobilfunkgeräten,
 - e) Mobilfunknutzungpro 1000 Einwohner?

II. Technische Infrastruktur

9. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um möglichst rasch eine flächendeckende Verfügbarkeit breitbandiger Datenübertragungswege zu dauerhaft günstigen Preisen zu erreichen?

10. Welche Auswirkungen hätte eine flächendeckende Verfügbarkeit breitbandiger flattrates zu dauerhaft günstigen Preisen sowie entsprechender Angebote für den analogen Internetzugang auf Wirtschaft und Beschäftigung in Deutschland?
 11. Welche Datenübertragungstechnologie ist nach Auffassung der Bundesregierung am besten geeignet, den Anforderungen der Informations- und Wissensgesellschaft zu entsprechen?
 12. Welche Erkenntnisse zur optischen Datenübertragung ergeben sich insoweit aus dem KOMNET-Projekt?
 13. Wie wird sich die Wettbewerbssituation im Ortsnetzbereich in den nächsten Jahren entwickeln?
 14. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung der Verfügbarkeit alternativer breitbandiger Datenübertragungswege zum Telefonnetz bei?
 15. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um möglichst rasch für mehr Wettbewerb im Bereich breitbandiger Internetzugänge zu sorgen?
 16. Worauf führt die Bundesregierung die nach wie vor bestehende Dominanz der Deutschen Telekom AG im Telefonnetz im Bereich des Ortsnetzes und bei breitbandigen Internetzugängen (DSL) zurück?
 17. Wie bewertet die Bundesregierung den Vorschlag der Monopolkommission, die Entgelte für Telekommunikationsvorleistungen durch Netzbetreiber mit der tatsächlichen Zuverlässigkeit der Leistungserbringung zu verknüpfen?
 18. Wie beurteilt die Bundesregierung die Entscheidung des Bundeskartellamtes zum Verkauf der Kabelnetze an Liberty?
 19. Welche Folgen wird nach Einschätzung der Bundesregierung der gescheiterte Verkauf auf die weitere Entwicklung im Breitbandbereich haben?
 20. Welche Konsequenzen erwartet die Bundesregierung im Bereich UMTS für Anbieter und Verbraucher vor dem Hintergrund der Belastungen durch die im europäischen Vergleich außerordentlich hohen UMTS-Lizenzkosten?
 21. Zu welchem Zeitpunkt erwartet die Bundesregierung flächendeckend multimediale Angebote und Dienste auf Basis des UMTS-Standards?
 22. Hält die Bundesregierung die Versteigerung knapper Zugangswege im Bereich der Telekommunikation auch zukünftig für ein geeignetes Verteilungsverfahren?
- III. Ordnungsrahmen für Rundfunk, Multimedia und Telekommunikation
23. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung der Schaffung kohärenter Rahmenbedingungen, z. B. einer einheitlichen Medienordnung, für Rundfunk, Multimedia und Telekommunikation für den Medienstandort Deutschland zu?
 24. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um solche Rahmenbedingungen baldmöglichst zu schaffen?
 25. Welchen Zeithorizont sieht die Bundesregierung für die Realisierung solcher Rahmenbedingungen?
 26. Welche Form der Regulierung befürwortet die Bundesregierung für das digitalisierte Fernsehkabel?

27. Welche technischen Voraussetzungen müssen nach Auffassung der Bundesregierung erfüllt sein, um einen vollständigen Wettbewerb multimedialer Inhalte im digitalen Kabel zu gewährleisten?
 28. Wie will die Bundesregierung den Betrieb des digitalen Fernseekabels als offenes Netz mit Schnittstellen für Inhaberteilnehmer außerhalb des Einflussbereiches der Kabelnetzbetreiber sicherstellen?
 29. Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung von der Konvergenz der Medien auf die Medienvielfalt in Deutschland?
 30. Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung insbesondere von den sich abzeichnenden Geschäftsmodellen der Kabelnetzbetreiber auf die deutsche Medienlandschaft, etwa von der Möglichkeit der Direktvermarktung multimedialer Inhalte durch den Kabelnetzbetreiber selbst oder durch mit ihm verbundene Unternehmen?
 31. Welche Schlussfolgerungen ergeben sich nach Ansicht der Bundesregierung aus der Konvergenz der Medien für die künftige Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern für die Bereiche Rundfunk und Telekommunikation?
 32. Wie beurteilt die Bundesregierung die in Deutschland überwiegend gegebene Trennung der Inhaberschaft der Netzebenen 3 und 4 mit Blick auf Wettbewerb und medienpolitische Vielfalt?
 33. Welche Haltung hat die Bundesregierung zum Engagement öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten in multimedialen Netzen, insbesondere im Internet, und den daraus resultierenden Konsequenzen für die Rundfunkgebühr?
- IV. Ordnungspolitische Rahmen für die digitale Wirtschaft
34. Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag der EU-Kommission zur einheitlichen Mehrwertsteuer auf digitale Dienstleistungen?
 35. Plant die Bundesregierung Erleichterungen bei der Besteuerung von Aktienoptionen, die Unternehmen ihren Mitarbeitern gewähren?
 36. Wie beurteilt die Bundesregierung die Erhebung von Rundfunkgebühren auf Personal Computers (PC)?
 37. Welche mittel- und langfristigen Auswirkungen hat nach Auffassung der Bundesregierung das P2P-Filesharing auf „contentintensive“ multimediale Branchen wie die Musik- und Filmindustrie?
 38. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um den Interessen der Urheber und Rechteinhaber einerseits und dem Schutz der Freiheit privater Informationsverarbeitung andererseits Rechnung zu tragen?
 39. Wie beurteilt die Bundesregierung Entwicklungsstand und Perspektiven der netzgestützten individuellen Abrechnungssysteme (Digital Rights Management)?
 40. Wie beurteilt die Bundesregierung die Erhebung einer pauschalen Urheberrechtsabgabe auf PC, PC-Elementen (z. B. CD-Brennern) und Peripheriegeräten (z. B. Drucker und Scanner)?
 41. Gedenkt die Bundesregierung, eine klare Rechtsgrundlage für die Speicherung der Verbindungsdaten von Internetnutzern durch Service-Provider zur Erleichterung der Rechtsverfolgung der Inhaber von Urheberrechten zu schaffen?

42. Welche Auswirkungen wird die Reform des Urhebervertragsrechts auf die Entwicklung von content im Bereich noch unbekannter Nutzungsarten in Deutschland haben?

V. Schaffung von Infrastrukturen für Wissen und Wachstum

43. Welche Konsequenzen hat die Anforderung des lebenslangen Lernens für das System der beruflichen Bildung?

44. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die in Deutschland bestehende Lücke für Spitzenqualifikationen im Bereich der digitalen Wirtschaft zu schließen, ohne nachteilige Folgen für den deutschen Arbeitsmarkt herbeizuführen?

45. In welcher Form fördert die Bundesregierung die Entwicklung und Verbreitung multimedialen elektronischen Lernens?

46. Welche Chancen sieht die Bundesregierung hier für deutsche Unternehmen?

47. In welcher Form fördert die Bundesregierung den Wissenstransfer zwischen Forschung und Wirtschaft, insbesondere im Hinblick auf eine schnelle Nutzung von Ergebnissen der Grundlagenforschung?

48. In welchem Umfang hat die Bundesregierung Haushaltsmittel gezielt für die Förderung von Innovationszentren im Bereich der digitalen Wirtschaft eingesetzt?

49. Welche Ergebnisse solcher Förderungsmaßnahmen liegen insoweit vor?

50. Wie viele Greencards wurden beantragt?

51. Aus welchen Ländern stammten wie viele der Bewerber?

52. Wie viele Greencards wurden bisher ausgestellt?

53. Welche Staatsangehörigkeiten haben wie viele der Greencard-Inhaber?

54. Wie verteilen sich die Greencard-Inhaber zahlenmäßig auf die einzelnen Bundesländer?

55. Wie viele Greencard-Inhaber wurden bereits wieder entlassen?

VI. Digitaler Staat als Standortfaktor

56. Welche Verwaltungsleistungen der Bundesverwaltung werden zum jetzigen Zeitpunkt bereits vollständig auf digitaler Basis erbracht?

57. Welchen Anteil haben diese Leistungen an allen internetfähigen Verwaltungsleistungen der Bundesverwaltung?

58. In welchem Ausmaß werden internetfähige Verwaltungsleistungen von Bürgerinnen und Bürgern genutzt?

59. Welche Verwaltungsleistungen müssen nach Auffassung der Bundesregierung vorrangig internetfähig gemacht werden?

60. Auf welcher Basis beruht diese Einschätzung?

61. Wie hoch ist nach Auffassung der Bundesregierung das gesamte Einsparpotenzial aufgrund der Beschaffung von Gütern über das Internet (e-procurement) im Bereich der Bundesverwaltung?

62. Wie viele der Beschaffungsvorgänge des Bundesbeschaffungsamtes und anderer Behörden werden im Jahr 2002 über das Internet abgewickelt?

Welchen Anteil an der Gesamtbeschaffung hat die internetgestützte Beschaffung?

Mit welchen Einsparungen rechnet die Bundesregierung für das Jahr 2002?

Berlin, den 23. April 2002

Dr. Martina Krogmann
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Matthias Wissmann
Elmar Müller (Kirchheim)
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Sylvia Bonitz
Hansjürgen Doss
Erich G. Fritz
Kurt-Dieter Grill
Ernst Hinsken
Ulrich Klinkert
Hartmut Koschyk
Dr. Norbert Lammert
Bernd Neumann (Bremen)
Friedhelm Ost
Anton Pfeifer
Dr. Bernd Protzner
Dr. Heinz Riesenhuber
Dr. Wolfgang Schäuble
Hartmut Schauerte
Karl-Heinz Scherhag
Margarete Späte
Erika Steinbach
Max Straubinger
Dr. Rita Süßmuth
Dagmar Wöhrl
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

